

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Plan erfüllt wurde. Die Einnahmeseite wurde erfüllt. Die Ausgaben konnten durchgeführt werden. Für die Volksbildung sind sie übererfüllt worden. Für die Weiterentwicklung der Volkswirtschaft wurden mehr Mittel als geplant ausgegeben. Wir konnten zwar nicht 1 Milliarde DM an die Deutsche Notenbank abführen, weil die gesamte Entwicklung in einem schnelleren Tempo vorstatten ging, als wir es allgemein angenommen hatten; aber dennoch konnten immerhin 700 Millionen DM zur Abdeckungen die Notenbank überwiesen werden. Das zeigt uns im ganzen, daß wir in der Deutschen Demokratischen Republik eine gesunde Finanzwirtschaft betreiben und ganz anders dastehen als Westdeutschland, wo jeder neue Haushalt eine neue Verschuldung mit sich bringt, daß wir in der Lage sind, alle Nachwirkungen des verbrecherischen Krieges der Monopolkapitalisten und der verbrecherischen Nazizeit erfolgreich zu liquidieren.

Meine Damen und Herren! Im Namen des Haushaltsausschusses möchte ich Sie bitten, der Drucksache Nr. 105 zuzustimmen, die besagt;

Der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird für das Rechnungsjahr 1949 (1. April bis 31. Dezember 1949) Entlastung erteilt.

(Beifall)

Präsident Dieckmann:

Wortmeldungen für eine Aussprache liegen dem Präsidium bisher nicht vor.

Ich schreite zur Abstimmung. Der Herr Berichtstatter des Haushalts- und Finanzausschusses hat im Namen des Ausschusses gemäß der in Ihren Händen befindlichen Drucksache Nr. 105 beantragt, der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für das Rechnungsjahr 1949 — 1. April bis 31. Dezember 1949 — Entlastung zu erteilen. Die Mitglieder des Hauses, die gemäß diesem Antrag verfahren wollen, bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke. Stimmenthaltungen? — Gegenstimmen? — Die Entlastung ist einstimmig erteilt worden.

(Beifall)

Wir kommen nunmehr zum letzten Punkt der Tagesordnung:

Gesetz über den Verkehr mit Giften (Drucksache Nr. 108).

Die Regierung hat uns vor einigen Tagen diese Vorlage übermittelt. Die Ausschüsse haben sich bisher noch nicht damit befassen können. Der Gesetzentwurf liegt dem Hohen Hause als Drucksache Nr. 108 vor. Wortmeldungen für die erste Lesung liegen nicht vor. Es wird seitens des Präsidiums vorgeschlagen, die Vorlage dem Rechtsausschuß zur Beratung zu überweisen. Besteht Übereinstimmung und Zustimmung dazu? — Ich stelle das fest.

Ich habe noch einige Mitteilungen zu machen, für die ich um Ihre Aufmerksamkeit bitte.

Die nächste Sitzung der Provisorischen Volkskammer ist für Mittwoch, den 6. September, vorgesehen. Falls wir die Tagesordnung dieser Sitzung nicht an einem Tage aufarbeiten können, werden wir nach unserer Ord-

nung den Freitag, 8. September, dazunehmen müssen. In jedem Fall ist aber der nächste Sitzungstag der 6. September.

Diese Sitzung wird voraussichtlich die letzte Sitzung der provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik sein. Das veranlaßt mich zu der Bitte an die Ausschüsse der Provisorischen Volkskammer, insbesondere an den am meisten in Anspruch genommenen Ausschuß, den Petitionsausschuß, bemüht zu sein, alle Reste, die in den Ausschüssen noch nicht haben bearbeitet werden können, aufzuarbeiten, damit wir nach dem Abschluß dieser ganzen Periode ohne Restanten sind und unsere Arbeit ordnungsmäßig zu Ende führen können. Ich bitte die Damen und Herren Vorsitzenden der Ausschüsse, diesen Hinweis besonders zu beachten.

Weiter bitte ich, davon Kenntnis zu nehmen, daß in der Zusammensetzung der Ausschüsse noch eine Änderung insofern zu verzeichnen ist, als an Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Kretschmer von der LDP-Fraktion Herr Abgeordneter Heinz Krüger als Mitglied des Petitionsausschusses benannt worden ist. — Sie haben davon zustimmend Kenntnis genommen.

Am 25. bzw. 26. August findet, wie Ihnen allen bekannt ist, der Nationalkongreß hier in Berlin statt. Ich glaube, daß die heutige Sitzung nicht geschlossen werden kann, ohne auf die große Bedeutung dieses Kongresses, nicht nur zur Vorbereitung und Durchführung der Wahl am 15. Oktober, ganz besonders hinzuweisen. Es ist hier nicht die Stelle und die Stätte, von der aus diese Bedeutung noch besonders unterstrichen zu werden braucht; aber der Hinweis auf die Wichtigkeit dieser Tagung, von hier aus an die gesamte Bevölkerung gegeben, scheint mir eine Notwendigkeit zu sein.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir haben in der heutigen Sitzung der Volkskammer entsprechend dem einstimmigen Beschluß des Ältestenrates auf seiner gestrigen Sitzung eine neue Sitzordnung insofern eingeführt, als wir die Begriffe rechts und links, die aus der parlamentarischen Vergangenheitsgeschichte nicht wegzudenken waren, in der Konsequenz unserer gesamten Politik auch optisch beseitigt haben. Ich glaube, das ist nicht nur ein Vorgang, der optisch interessant ist, sondern es ist ein Vorgang von ganz erheblicher politischer Bedeutung, daß wir eine Sitzordnung eingeführt haben, die ein Links und ein Rechts nicht mehr kennt. Wir haben auf der einen Seite des Hauses den Block A, auf der anderen Seite des Hauses den Block B und in der Mitte den Mittelblock. Das bedeutet, daß auch nach außen hin dokumentiert wird, daß wir immer mehr und näher zusammengerückt sind in unserer gesamten politischen Arbeit aus unserer gemeinsamen Verantwortung gegenüber dem ganzen deutschen Volk. Dieser neuen Gemeinschaft und ihrer Dokumentierung vor unserem Volk und vor aller Welt dient auch der Nationalkongreß, den wir am 25. und 26. August in Berlin durchführen werden. Es ist unsere gemeinsame Überzeugung, daß das Ziel dieses Nationalkongresses im Sinne der neuen Gemeinschaft, die wir auch heute hier optisch und politisch demonstrieren, erreicht wird. Mit diesem Wunsche lassen Sie mich die Sitzung schließen.

(Lebhafter Beifall)